

Rechtsprechung

Seite

(verlinkt mit Anlagen)

1. Streitige abhängige Beschäftigung eines Bauleiters in einem Architekturbüro – freier Mitarbeitervertrag – Existenzgründungszuschuss der BA – Überwachung von Baustellen als Tätigkeit – fester Stundensatz vereinbart – Kundentermine nur mit Zustimmung des Auftraggebers – abhängige Beschäftigung gegeben – § 7 Abs. 1 SGB IV – Arbeitserbringung in Person – keine freie Zeiteinteilung – kein Eigenkapital eingesetzt – feste Stundenvergütung schließt Unternehmerrisiko aus – Urteil des SG Dortmund vom 10.03.2020 – S 34 BA 4/19 – DOK 120:124.21 [295 – 298](#)

2. Unzulässigkeit einer Nichtzulassungsbeschwerde – nicht formgerecht eingelegte Beschwerde – Übermittlung der Beschwerde an das Elektronische Gerichts- und Verwaltungspostfach (EGVP) gemeinsam mit anderen Dokumenten mit einer „Container-Signatur“ – Verfassungsmäßigkeit des § 4 Abs. 2 ERVV – Verbot der Container-Signatur – Eingangsfiktion nach § 65a Abs. 6 SGG nicht anwendbar, da Verarbeitbarkeit des Dokuments nicht betroffen – Wiedereinsetzung in den vorigen Stand – Fehler des Gerichts – Anforderungen an Wiedereinsetzung mit besonderer Fairness zu handhaben – weder Zulassungsgrund der grundsätzlichen Bedeutung der Rechtssache noch der Divergenz gegeben – Verfahrensmangel nicht in der gebotenen Weise dargelegt – Beschluss des Bundessozialgerichts vom 20.03.2019 – B 1 KR 7/18 B – DOK 182.22:186.3 [299 – 306](#)

3. Klägerin besuchte die Kinder- und Jugendsportschule in der DDR – Knieverletzung beim Weitsprung bei einem Leichtathletikwettkampf – Klägerin war Mitglied im Leistungskader – Distorsion rechtes Kniegelenk 1978 – 2010 vom Durchgangsarzt festgestellte Meniskusläsion rechtes Kniegelenk – streitiges Arbeitsunfallereignis – sachlicher Zusammenhang mit versicherter Tätigkeit (Schulbesuch) ist aufzuklären – §§ 1150, 548 RVO – § 220 AGB DDR – BSG verweist das Verfahren an das LSG zurück – Urteil des BSG vom 26.11.2019 – B 2 U 3/18 R – DOK 311.082:318 [307 - 318](#)

4. Grundsätzlich klarstellendes Urteil des BSG für Unfälle auf Wegen, die vom dritten Ort aus angetreten werden – Unfall aus 2004 auf dem Weg zur Arbeitsstätte vom dritten Ort aus angetreten – Weg vom dritten Ort 44 km, üblicher Weg 2 km – Wegeunfall vom BSG anerkannt, nach ursprünglicher Ablehnung auch in drei Verfahren nach § 44 SGB X – geläuterte Rechtsauffassung des BSG zum maßgeblichen heutigen Beurteilungszeitpunkt – ursprüngliche Verfahrensfehler, da kein VA erlassen wurde, sondern Rentenausschuss entschied – Kompetenzüberschreitung des Rentenausschusses – VA dennoch [319 – 337](#)

Impressum:

UV-Recht & Reha Aktuell (UVR) wird herausgegeben von der Hochschule der Deutschen Gesetzlichen Unfallversicherung (HGU)
Internet: www.dguv.de/hochschule

Verantwortlich für den Inhalt:

Angelika Lehmann, Dietmar Kaminski, Roswitha Rath
Tel.: 030 13001 6555, Fax: 030 13001 69586,
Email: UVR.Hochschule@dguv.de

Zitierweise:

UV-Recht & Reha Aktuell (UVR), Ausgabe/Jahr, Seite

nicht wichtig – Klarstellung des Streitgegenstandes von Verfahren nach § 44 SGB X – Bestätigung der Rechtsprechung zur sog. „Zwei-Stunden-Grenze“ – bei Wegen vom dritten Ort zur Arbeitsstätte kein mathematischer oder wertender Angemessenheitsvergleich der Wegstrecken – Urteil des BSG vom 30.01.2020 – B 2 U 2/18 R – DOK 372.11

5. Unfall auf dem Rückweg von der Arbeit beim Betanken des Fahrzeugs – kein Wegeunfall – Tanken ist im Regelfall grundsätzlich eine privatwirtschaftliche Vorbereitung für den Weg zur und von der Arbeit – Unterbrechung des Weges i.S.d. § 8 Abs. 2 Nr. 1 SGB VII gegeben – Unterbrechung nicht geringfügig – Urteil des BSG vom 30.01.2020 – B 2 U 9/18 R – DOK 372.12 [338 – 347](#)
6. Feststellung des Minderverdienstes bei einem Friseurmeister, der nach Aufgabe seiner Tätigkeit am Kunden nur noch in Teilzeit mit der Verwaltung seiner Friseursalons beschäftigt ist – trotz Aufforderung durch die Beklagte keine Arbeitslosmeldung – Übersteigt das tatsächliche Einkommen die Versicherungssumme, kann kein Minderverdienst festgestellt werden – fehlende Arbeitslosmeldung des Versicherten führt nicht zum Ausschluss der Übergangsleistungen – Urteil des LSG Baden-Württemberg vom 24.10.2019 – L 6 U 1306/19 – DOK 376.3-5101:440 [348 – 361](#)

Literatur

7. Zur Reichweite des UV-Schutzes bei Rehabilitanden-Unfällen – Besprechung des Urteils des BSG vom 07.05.2019 – B 2 U 34/17 R – zum UV-Schutz bei einem Frühgeborenen – sozialversicherungswissenschaftlicher Ansatz des Autorenteam, bestehend aus Jurist und Mediziner – Aspekt der Unfallkausalität – Klärungsansatz durch Anleihe im Arzthaftungsrecht – Hinweis auf Aufsatz von Laurenz Mühlheims und Joachim Rösler, Nosokomiale Infektionen im Krankenhaus – Wie weit reicht der Schutz in der Gesetzlichen Unfallversicherung bei Rehabilitanden-Unfällen? – DOK 311.15: 374 [362 – 363](#)